



**Diese Woche:**

Seite 2 :  
Pakt für den Rechtsstaat

## Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche wurde im Deutschen Bundestag die Einsetzung eines neuen Ausschusses für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen beschlossen.

Damit können Fragen der Stadt-, Infrastrukturentwicklung und der Kommunen im geeigneten Rahmen behandelt werden.

### Keine staatlichen Gelder für die NPD

Am Donnerstagabend wurde auf Antrag der CDU/CSU über den Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung beraten. Im Wesentlichen heißt es, wer die Werte unserer Verfassung ablehnt, soll keine staatlichen Gelder erhalten. Die NPD missachtet die freiheitliche demokratische Grundordnung und verfolgt verfassungsfeindliche Ziele. Das hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 17. Januar 2017 festgestellt. Daher hat der Deut-

sche Bundestag in der Sitzung am Donnerstagabend beschlossen, einen eigenen Antrag beim Bundesverfassungsgericht auf Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung zu stellen.

### Herzliche Grüße

*Ihr*



Seite 3:  
Der Baum des Jahres



Seite 4:  
Steigende Renten durch höhere Löhne





# Kernanliegen: Innere Sicherheit

## Pakt für den Rechtsstaat

Innere Sicherheit ist eines der Kernanliegen der Unionsfraktion. Die Zahl der erfassten Straftaten ist 2017 in Deutschland so stark zurückgegangen wie seit 25 Jahren nicht mehr. Trotzdem fehlen überall Polizei- und Sicherheitskräfte, Beamte und Gerichte sind überlastet. Welche Maßnahmen zur Unterstützung eines starken Staates getroffen werden können, das war Thema unseres ersten Fraktionskongresses dieser Wahlperiode.

Unter dem Titel „Pakt für den Rechtsstaat - zur Stärkung von Justiz und Polizei“ diskutierten Vertreter aus Politik, Sicherheitsbehörden und Justiz mit der Unionsfraktion. Wie kann man den Polizei- und Sicherheitsapparat im Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus weiter stärken? Dazu zählen auch Maßnahmen zur schnelleren Abschiebung von Gefährdern, sowie eine verbesserte grenzüberschreitende Kriminalitätsbekämpfung.

### Verfahrensdauer verkürzen

„Insbesondere Verfahren bei Strafprozessen müssen effizienter werden. Es darf nicht sein, dass wegen der Länge des Verfahrens dringend Tatverdächtige aus der Untersuchungshaft entlassen werden müssen. Die Justiz darf nicht aus Personalmangel zum Nadelöhr bei der Verbrechensbekämpfung werden“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Stephan Harbarth.

Zwar wurden in der Bekämpfung der Kriminalität erste Erfolge erzielt, aber es darf nicht nachgelassen werden. „Die Menschen machen sich nach wie vor Sorgen um ihre Sicherheit“, sagte Volker Kauder und nahm gleichzeitig die Bundesländer in die Pflicht, mehr Personal in Staatsanwaltschaften, im Strafvollzug und bei der Polizei zu schaffen. Der Bund werde die Länder zudem um mehrere Milliarden Euro entlasten. Im Gegenzug erwarte man nun, dass die Länder diese finanziellen Spielräume auch für eine bessere Ausstattung ihrer Polizei und Justiz nutzen. „Bis zum Sommer müssen wir zu Entscheidungen kommen“, fordert Kauder.



Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

### Videoüberwachung ist essenziell für Sicherheit

Bundesinnenminister Horst Seehofer betonte vor allem die Wichtigkeit und Effizienz von Videoüberwachung. Wie sich u.a. bei einem Fall in Berlin gezeigt habe, sei der Einsatz von Überwachungskameras ein wesentlicher Beitrag für die Sicherheit der Bevölkerung. "Es ist ein Gewinn an Freiheit, wenn wir die Aufnahmen nutzen, um Straftäter vor Gericht zu stellen", sagte Seehofer und kündigte zugleich einen Ausbau der Videoüberwachung an Brennpunkten an. Einen weiteren Schwerpunkt legte Seehofer auf die Digitalisierung von Polizei- und Justizbehörden.

Daneben weist Mathias Middelberg, innenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion, auf die personelle und technische Aufrüstung bei der Polizei und bei den Gerichten hin. "Wir haben Strafen für Wohnungseinbruch verschärft. Jetzt müssen wir an weitere Überwachungsinstrumente ran, um die Einbruchszahlen weiter zu senken", so Middelberg.

### Organisierte Kriminalität bekämpfen

Im Mittelpunkt auch die Verfolgung krimineller Clans. „Wir wollen den Verfolgungsdruck mit allen Mitteln erhöhen. Das geht nur mit mehr Personal und besseren Ermittlungsinstrumenten, denn angesichts der Abschottung der Clans werden Erfolge nur durch erhebliche verdeckte Maßnahmen möglich sein“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Stephan Harbarth.





# Alois Rainer bekam Baum des Jahres 2018 übergeben

**Der Präsident des Bundes deutscher Baumschulen, Helmut Selders, überreichte dem heimischen CSU-Bundestagsabgeordneten Alois Rainer in Berlin den Baum des Jahres 2018.**

Das Kuratorium der Dr. Silvius Wodarz Stiftung, das seit 28 Jahren den Baum des Jahres ausruft, hat sich in diesem Jahr für die „Ess-Kastanie“ (*Castanea sativa*) entschieden. Selders berichtete das die Ess-Kastanie zwar nicht als heimische Baumart gilt, aber in unseren Breiten eine recht junge Geschichte hat. Dennoch gehört sie in Süddeutschland schon längst in die Kulturlandschaft hinein. Sie hat sich gegenüber dem Amberbaum und der Kornelkirsche durchgesetzt.

Alois Rainer freute sich sehr über den Besuch vom Präsidenten Selders. Traditionell wird der Baum des Jahres im Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft vorgestellt und übergeben. „Natur und Bäume sind ein wesentlicher Bestandteil unseres Lebens. Es ist schön, dass in diesem Jahr ein Baum aus dem Bereich der Fruchterzeugung zum Baum des Jahres ernannt wurde“, sagte Rainer. Die Ess-Kastanie kommt in Deutschland in

der Stadt, in Parks und in privaten Gärten vor. Zum Abschluss gab Selders dem Abgeordneten Rainer noch einige Tipps zur Einpflanzung mit auf dem Weg. Rainer selbst ist Waldbesitzer und hat schon eine genaue Vorstellung, wo er die Ess-Kastanie einpflanzen möchte.



## Diesel-Verteufelung muss aufhören

Die Europäische Umweltagentur EEA hat heute mitgeteilt, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen von Neuwagen EU-weit leicht ansteigen. Dazu äußerte sich der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ulrich Lange, wie folgt:

„Der Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen bei Neuwagen zeigt deutlich, welche Folgen die pauschale Diesel-Verteufelung hat. Gerade die Grünen sind hier immer vorne

dabei und erweisen der Umwelt damit einen Bärendienst. Durch das ständige Schlechtreden des Diesels werden lediglich die Verbraucher verunsichert. Der Umwelt ist damit nicht geholfen.

Natürlich müssen wir dafür sorgen, dass der Diesel noch sauberer wird und die Hersteller ihrer Verantwortung gerecht werden. Aber es gehört auch zur Wahrheit, dass wir

den Diesel als Beitrag für den Klimaschutz noch brauchen.“





# Steigende Renten durch höhere Löhne

## Die Bundesregierung hat die Rentenwertbestimmungsverordnung 2018 beschlossen

„Die Union steht für eine gerechte Teilhabe der Rentnerinnen und Rentner am Wohlstand. Steigen die Einkommen der Beschäftigten, profitieren hiervon auch die Rentner und nehmen damit am wirtschaftlichen Erfolg in unserem Land teil“, sagt der zuständige Berichterstatter Max Straubinger. „Zum 1. Juli 2018 werden die Renten für über 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner erneut deutlich angehoben: In den alten Ländern um 3,22 Prozent, in den neuen Ländern sogar um 3,37 Prozent. In den letzten zehn Jahren sind die Renten deutlich stärker angestiegen als die Inflationsrate. Das bedeutet: Die Rentner haben auch real mehr Geld in der Tasche“, so Straubinger.



## Seniorenclub SEL-ITT-Nokia-Harman zu Besuch im Bundestag

Zum Ende der letzten Sitzungswoche im Bundestag besuchten mich die Seniorinnen und Senioren des Seniorenclubs SEL-ITT-Nokia-Harman aus Straubing in Berlin. Während der lebhaften Diskussion hatten die Senioren die Gelegenheit, aktuell politische Fragen zu stellen, wie beispielsweise zu den Veränderungen, die der Einzug der AfD in den Bundestag mit sich brachte oder zur Mütterrente.

## Neuregelungen im Mai 2018

### Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in der EU

Ab 25. Mai 2018 schafft die DSGVO in Deutschland und der EU einen einheitlichen Rechtsrahmen, der den freien Verkehr personenbezogener Daten in der EU gewährleistet. Zugleich wird das Grundrecht auf Schutz der personenbezogenen Daten aus Art.8 der EU-Grundrechtecharta gestärkt. Betroffene erhalten mehr Kontrolle und Transparenz bei der Datenverarbeitung.

### Justiz

Seit dem 18. April 2018 können Tonübertragungen einer Verhandlung sowie Urteilsverkündung in einen Raum für Medienvertreter zugelassen werden. Das erleichtert die Dokumentation von Gerichtsverfahren erheblich.

### Umweltschutz

Seit 1. April dürfen Höhlen und Stollen in der Natur nicht mehr zerstört werden. Nach den Neuregelungen im Bundesnaturschutzgesetz sind Höhlen und Stollen nun "geschützte Biotope". Die Lebensräume von Fledermäusen, Schmetterlingen, Spinnen und anderen Insekten können so erhalten werden. Bereits seit letztem Jahr ermöglicht das neue Gesetz einen besseren Schutz der Meere.



Für Sie erreichbar...

in Berlin:  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 / 227 77420  
E-Mail: alois.rainer@bundestag.de

im Wahlkreis:  
Schulstraße 1  
94353 Haibach  
Telefon: 09963 / 943 9494  
E-Mail: alois.rainer.wk@bundestag.de